

Bericht der Finanzkommission des Grossen
Rates

zur

**Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt
für das Jahr 2003**

vom 27. Mai 2004 / 047960

Den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt
zugestellt am 2. Juni 2004

Glossar der Abkürzungen	i
1 Kommission und Auftrag	1
2 Gesamtbeurteilung der Lage der Staatsfinanzen	4
3 Zweites Massnahmenpaket zur Reduktion von Aufgaben und Leistungen (A & L 2)	8
4 Eingeschränkte Steuerung des Grossen Rates	11
5 Pensionskassen-Einkäufe	14
6 Informatikprojekte	15
7 PuMa-Dienststellen	17
8 Ordentliche Nettoaufwände (ONA) - eine fragliche Steuerungsgrösse	18
9 Departementsrechnungen	20
9.1 Wirtschafts- und Sozialdepartement	20
9.2 Sanitätsdepartement	22
9.3 Erziehungsdepartement	23
9.4 Baudepartement	27
10 Anträge der Finanzkommission	29
Anhang 1 Mitberichte der Sachkommission zu den PuMa - Dienststellen	1
Anhang 2 Liste der Revisionsberichte der Finanzkontrolle	10
Anhang 3 Dringliche Kreditbewilligungen 2003	14
Anhang 4 Abgeschlossene Bauvorhaben	15

Glossar der Abkürzungen

A & L 2	Zweites Massnahmenpaket zur Reduktion von Aufgaben und Leistungen
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
BAK	Basler Konjunkturforschungsstelle
BD	Baudepartement
DMS	Diplommittelschule
ED	Erziehungsdepartement
FD	Finanzdepartement
FHG	Finanzhaushaltsgesetz
FIKO	Finanzkontrolle
FKom	Finanzkommission
FMS	Fachmittelschule
GO	Geschäftsordnung des Grossen Rates
GR	Grosser Rat
GRB	Grossratsbeschluss
JD	Justizdepartement
KBS	Kantonsspital BS
KVG	Krankenversicherungsgesetz
NFA	Neuer Finanzausgleich
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
ONA	Ordentlicher Nettoaufwand
OS	Orientierungsschule
PK	Pensionskasse
PKC	Projekt- und Kostencontrolling (Baudepartement)
PMD	Polizei- und Militärdepartement
PS	Primarschule
PuMa	Public Management
RWC	Rechnungswesen und Controlling
SD	Sanitätsdepartement
SHB	Sozialhilfe Basel
SKOS	Schweizer Konferenz für Sozialhilfe
WBS	Weiterbildungsschule

1 Kommission und Auftrag

Zusammensetzung der Kommission

Daniel Wunderlin	Präsident
René R. Schmidlin	Vizepräsident, Baudepartement I
Susanna Banderet-Richner	Sanitätsdepartement I
Annemarie von Bidder	Sanitätsdepartement II
Jan Goepfert	Erziehungsdepartement I
Roland Herzig	Wirtschafts- und Sozialdepartement
Ernst-Ulrich Katzenstein	Polizei- und Militärdepartement
Paul Roniger	Erziehungsdepartement II
Jürg Stöcklin	Finanzdepartement
Roland Vögli	Justizdepartement
Peter A. Zahn	Baudepartement II
Niklaus Hofmann	Wissenschaftliche Mitarbeit / Protokolle

Unklare Situation der Rechnungs- und Budgetprüfung wird weiter bestehen

Gemäss § 45a. lit b der Geschäftsordnung (GO) des Grossen Rates fällt den Sachkommissionen unter anderem folgende Aufgabe zu: Prüfung, Berichterstattung und Antragstellung an den Grossen Rat zur Staatsrechnung in ihren Aufgabenbereichen. Die Finanzkommission prüft nach § 48 Abs. 1 der GO in Kenntnis der Berichte und Anträge der Sachkommissionen die Staatsrechnung und erstattet einen eigenen Bericht. Die Mitberichte der Sachkommissionen beschränken sich zur Zeit auf die PuMa-Dienststellen (vgl. Anhang 1). Die §§ 45 und 48 der Geschäftsordnung (GRB vom 8.11.2000) wurden in Hinsicht auf eine weitergehende Parlaments- und Verwaltungsreform eingeführt. Mit der Ablehnung des Steuerungsmodells im Januar 2004 wurde die Parlamentsreform aber sistiert, die unklare Übergangssituation für die Rechnungsprüfung, wie sie seit 2001 besteht, somit nicht geklärt. So prüft die Finanzkommission entgegen der Vorgabe des § 45a. lit b der Geschäftsordnung, nach wie vor allein die Staatsrechnung und das Budget.

Mit der Sistierung der Parlamentsreform im Januar 2004 hat der Grosse Rat auf eine mittelfristige Steuerung (Controlling) verzichtet und beschränkt sich weiterhin auf eine rückblickende Oberaufsicht (Kontrolle) und eine kurzfristige Inputsteuerung über das Budget. Diese Situation mag - wie bereits in früheren Finanzkommissionsberichten geschildert - nicht befriedigen. Die hoch aggregierten dreistelligen Dienststellen-Budgets, wie sie heute beschlossen werden, sind "Globalbudgets", die keine Einflussnahme auf die Leistungen erlauben. Den heutigen "historisch gewachsenen" Beschlussgrössen fehlen zudem die juristischen Grundlagen (vgl. dazu Kap. 4).

Steuerung über hoch aggregierte 3-stellige Dienststellenbudgets nicht möglich

Die Rechnung 2003 wurde nach bisherigem Vorgehen hauptsächlich auf finanzielle Aspekte hin überprüft. Die Leistungen und Wirkungen konnten in den konventionell geführten Dienststellen nicht, in den mit Globalbudgets geführten Dienststellen nur ansatzweise überprüft werden.

Leistungen und Wirkungen schwer prüfbar

Die Finanzkommission prüfte die Staatsrechnung 2003 am 1. / 2. April 2004 an einer Klausurtagung in Bad Ramsach. Im Rahmen dieser Veranstaltung erörterte ein Experte der BAK das Thema "Reale Wirtschaft und Öffentliche Finanzen des Kantons Basel-Stadt". Zielsetzung des Referats war es, der Finanzkommission den gesamtwirtschaftlichen Kontext der öffentlichen Finanzen des Kantons Basel-Stadt durch einen verwaltungsexternen Experten näher zu bringen. Schliesslich fanden in den Kalenderwochen 17 und 18 mit allen Departementsvorstehenden und ihrem Kader Hearings zur Rechnung statt.

Vorgehen bei der Prüfung der Staatsrechnung 2003

Die wichtigsten Arbeitsgrundlagen der Finanzkommission für die Wahrnehmung ihrer Oberaufsicht sind das Rechnungsbuch, der Erläuterungsbericht der FIKO über die Prüfung der Staatsrechnung 2003 sowie die von der Finanzkontrolle (FIKO) erstellten Berichte über die bei den Dienststellen durchgeführten Revisionen (Anhang 2).

Finanzkontrollberichte wichtige Basis der Oberaufsicht

Neben der Wahrnehmung der Oberaufsicht und den üblichen Vorprüfungen von Grossratsgeschäften hat sich die Finanzkommission im vergangenen Jahr intensiv mit der Einführung des neuen Finanzkontrollgesetzes beschäftigt. Mit der zusätzlichen Durchführung der Parlamentarischen Untersuchung der Anlagepolitik der Pensionskasse des Basler Staatspersonals lag die Be-

Finanzkommission leidet unter grosser Belastung

lastung für die Mitglieder der Finanzkommission oft über der Limite des "Miliztauglichen". Unter dieser Überlastung hat vor allem die Vorbereitung finanzrelevanter Grossratsgeschäfte wie etwa das BVB- oder das Pensionskassengesetz gelitten. Stellungnahmen der Finanzkommission zu diesen wichtigen Gesetzesvorlagen konnten nicht mehr vorbereitet werden.

*Gemeinsame Sitzung
mit der Finanzkommission
des Landrats
BL*

Am 5. Mai 2004 hat sich die Finanzkommission zum ersten Mal mit der neu formierten Finanzkommission des Landrates getroffen, damit die Zusammenarbeit neu definiert werden kann. Es hat sich gezeigt, dass eine Zusammenarbeit der beiden Kommissionen durch die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche sowie die unterschiedlichen Kulturen der beiden Parlamente erschwert wird. Damit sich diese Unterschiede für gemeinsame Geschäfte nicht nachteilig auswirken, wird es deshalb entscheidend sein, dass im Sinne des Neuen Finanzausgleichs (NFA) die von beiden Kommissionen eingereichten Motionen zur Schaffung von interkantonalen Obergerichtskommissionen bei gemeinsamen Geschäften zügig umgesetzt werden können.

2 Gesamtbeurteilung der Lage der Staatsfinanzen

Die Laufende Rechnung 2003 schliesst mit einem Defizit von 2.7 Millionen Franken ab. Damit liegt das Ergebnis 45.6 Millionen Franken über dem Budget 2003. Der ausserordentliche Ertrag von 89.8 Millionen Franken durch die Teilauflösung des Krisenfonds wurde in diesem Ergebnis nicht mitberücksichtigt. Zusammen mit dieser Sonderposition schliesst die Laufende Rechnung mit einem Überschuss von 86.8 Millionen Franken ab. Saldovergleiche mit der Staatsrechnung vorheriger Jahre sind wegen der Sonderfaktoren meist nicht aussagekräftig.

Ausgeglichene Laufende Rechnung 2003

Die Erträge liegen rund 115 Millionen Franken über den budgetierten Erwartungen, rund 150 Millionen Franken über der Vorjahresrechnung, aber rund 85 Millionen unter dem Rekordertrag von 2001, welcher auf ausserordentlich hohen Erträgen der Gewinn- und Kapitalsteuern beruhte. Obwohl die Steuererträge der letzten Jahre wegen der Steuergesetzrevision kaum zu vergleichen sind, kann doch festgestellt werden, dass sich die Steuerinitiativen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen negativ auswirken, während sich die Erträge der Gewinn- und Vermögenssteuer der juristischen Personen nach dem konjunkturellen Tief von 2002 wieder erholen.

Steuererträge 2003 liegen 115 Millionen über dem Budget

Der Aufwand liegt 66 Millionen Franken über der Vorjahresrechnung, was einer Steigerung von 1.8 Prozent entspricht. Damit liegt die Aufwandsteigerung über der Summe von Teuerung (0.5%) und konjunkturellem Wachstum (0.7%). Bereinigt man diesen Aufwand mit der einmaligen Einlage von 40 Millionen Franken für Personalmassnahmen, so reduziert sich das Aufwandwachstum auf 0.7%. Aufgrund der konjunkturellen Wirtschaftslage ist dieses Aufwandwachstum vertretbar. Das gute Resultat muss aber durch die vorteilhaften äusseren Rahmenbedingungen relativiert werden. Ein Ansteigen der

Aufwandwachstum reduziert - hohes Risiko durch steigende Teuerung und Zinsen bleibt

Teuerung und der Zinssätze liesse einerseits die Lohn- und Pensionskassenbeiträge, andererseits die Finanzierungskosten massiv erhöhen und die Aufwandseite - wenig beeinflussbar - ansteigen.

Selbstfinanzierungsgrad von 121.8 %, Schulden um rund 130 Mio. Fr. reduziert

Die Investitionsausgaben von brutto 317 Millionen Franken liegen mit 27 Millionen Franken unter der Rechnung des Vorjahres. Diese Reduktion ist mit einer Abnahme im Bereich der Nationalstrassen und der Investitionen in Spitalbauten zu erklären. Ohne Berücksichtigung der Teilauflösung des Krisenfonds liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 121.8 %. Unter Einbezug der Teilauflösung konnte der Kanton Basel-Stadt im vergangenen Jahr seine Schuldenlast um rund 130 Millionen Franken reduzieren.

Ergebnis der Jahresrechnung 2003 stark abhängig von Rückstellungen, Auflösungen von Fonds und Rückstellungen sowie von Abgrenzungen

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung 2003 ist wesentlich geprägt durch Rückstellungen, Abgrenzungen und Auflösungen von Fonds und Rückstellungen. Für Personalabbau massnahmen im Rahmen der beiden Überprüfungen von Aufgaben und Leistungen wurden insgesamt 40 Millionen Franken rückgestellt. Davon sind 20 Millionen genau bezifferbar und betreffen die Sparrunde 1. Für die laufende Sparrunde wurden weitere 20 Millionen Franken eingestellt. Ob die Rückstellungen für diese laufende Sparrunde innerhalb der Rechnung 2003 gerechtfertigt sind, bleibt fraglich. Aus Sicht der Finanzkommission war es nicht zwingend, dass eine Rückstellung gemacht wird, bevor ein definitiver Regierungsratsbeschluss über Massnahmen vorliegt.

Rückstellungen für Pensionskasse

Für PK-Einkäufe und Rententeuerung wurden weitere 45.2 Millionen Franken rückgestellt. Damit betragen die totalen PK-Rückstellungen 145.2 Millionen Franken. Es war vorgesehen, dass rund 80 Millionen Franken für die Überführung der Abteilung II ins Leistungsprimat verwendet werden und der Rest in einen Fonds für zukünftige Rententeuerung überführt wird. Nach der Ablehnung des neuen Pensionskassengesetzes sind diese Vorhaben aber vorläufig obsolet. Wegen der grossen Deckungslücke empfiehlt aber die Finanzkommission die Rückstellungen stehen zu lassen.

Währungsrisiko wurde abgesichert - Rückstellungen aufgelöst

Mit dem Kauf von Währungsoptionen konnte das erhebliche Risiko der DEM-linked Anleihen eliminiert werden (vgl. frühere Finanzkommissionsberichte). Dadurch konnten von den 70 Millionen Franken Rückstellungen für dieses

Geschäft 47.1 Millionen Franken erfolgswirksam aufgelöst werden, 22.9 Millionen Franken fielen für Optionskosten an.

Die Teilauflösung des Krisenfonds ergab einen ausserordentlichen Ertrag von 89.6 Millionen Franken, der in der Laufenden Rechnung nicht gezeigt wird, obwohl sich natürlich die Staatsfinanzen des Kantons schlussendlich um diesen Betrag verbessert haben.

Ausserordentlicher Ertrag durch Teilauflösung des Krisenfonds

Mit der Einführung der neuen Steuersoftware Obolus haben sich Veranlagungsverzögerungen ergeben. Das Finanzdepartement hat zusammen mit der Finanzkontrolle die Ausfälle für die Laufende Rechnung 2003 mit rund 70 Millionen Franken hochgerechnet. Dieser Betrag wurde transitorisch bei den Einkommenssteuern eingebucht.

Obolus führt zu Veranlagungsverzögerungen

Die Rückstellungen bzw. die Abgrenzungen lassen sich begründen. Da aber immer ein Ermessensspielraum bezüglich Höhe und Notwendigkeit besteht, ist auch der Saldo der Laufenden Rechnung nur vor diesen Hintergründen aussagekräftig. Dieser Spielraum in der Rechnungslegung wird bei einer allfälligen Einführung einer Schuldenbremse zu berücksichtigen sein, damit bei der Beratung künftiger Rechnungen nicht der buchhalterische Aspekt überwiegt.

Ermessensspielraum in der Rechnungslegung sollte bei der Ausgestaltung der Schuldenbremse berücksichtigt werden

Die konjunkturell schwachen letzten Jahre mit kleinem Wirtschaftswachstum haben zu einer Reduktion der Kantonseinnahmen geführt, während die Ausgaben auf hohem Niveau verharrten resp. wachsen. Mit Sparmassnahmen hat Basel-Stadt auf diese Situation reagiert. Das Wachstum der Ausgaben konnte verringert werden. Bei reduzierten Ausgaben muss dennoch der Wirtschaftsstandort gestärkt werden, damit in Zukunft wieder ein grösseres Wachstum der realen Wirtschaft und nicht nur der öffentlichen Haushalte erfolgt. Nur so lässt sich in Basel-Stadt - aber auch gesamtschweizerisch - der hohe Lebensstandard halten.

Nur Wirtschaftswachstum bringt längerfristige Stabilität für die Staatsfinanzen

Dank der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie hat die Region Basel die mit Abstand grösste industrielle Wertschöpfung pro Einwohnerin und Einwohner in der Schweiz. Die Lebensqualität der Stadt Basel wird als attraktiv eingestuft. Diese Vorteile gilt es in Zukunft zu pflegen, auszubauen und besser zu nutzen. Dies ist aber eine Aufgabe der ganzen Region Basel.

Die Vorteile von Basel: wirtschaftliche Spitzenposition mit hoher Lebensqualität

Vergleicht man die Staatsausgaben der Schweiz (dürfte für Basel-Stadt vergleichbar sein) mit OECD-Ländern, so fällt auf, dass der Anteil der Bildungs-

Bildung und Wohnqualität verbessern

ausgaben unterdurchschnittlich ist, dafür liegen die Ausgaben für den Verkehr rund dreimal höher als in anderen OECD-Ländern, und die Kosten pro Strassenkilometer sind in der Schweiz rund dreimal höher als im topographisch vergleichbaren Österreich. Neben den tieferen Bildungsausgaben ist die Bildungsqualität in der Schweiz gemäss PISA-Studie (als Folge davon?) auch nur Mittelmass. In Anbetracht des grossen Bedarfs an hoch spezialisiertem Fachpersonal in der Region Basel lässt sich leicht folgern, dass die Politik in Zukunft neue Schwerpunkte setzen muss.

*Bessere Allokation
der öffentlichen Mittel
stellt hohe Anforderung
an die Politik*

Es wird in Zukunft in Basel-Stadt nicht mehr nur um die Höhe der Staatsausgaben gehen, vielmehr wird der richtige Einsatz der öffentlichen Gelder entscheidend sein. Der Grosse Rat ist gefordert, die öffentlichen Mittel aufgrund von klaren mittelfristigen Strategien besser zu allozieren. Dazu braucht das Parlament neben weitsichtigen Politikerinnen und Politikern auch ein adäquates Steuerungsmodell, mit dem sich mittelfristig planen und nicht wie heute, kurzfristig reagieren lässt (vgl. dazu auch Kap. 4).

3 Zweites Massnahmenpaket zur Reduktion von Aufgaben und Leistungen (A & L 2)

Das Massnahmenpaket A & L 1 wird oder wurde vom Regierungsrat mit Ausnahme von den Sparmassnahmen "Abschaffung des Gratissargs" sowie "Umstellung auf Dieselbusse" umgesetzt. Während im Jahr 2002 noch 256 Vollstellen geschaffen wurden, sind laut dem Vernehmlassungsschreiben zum A & L 2 des Regierungsrates bis Ende März 2004 141 Stellen abgebaut worden. Bereits im Bericht zur Rechnung 2002 hat die Finanzkommission darauf aufmerksam gemacht, dass das strukturelle Defizit ca. 200 Millionen Franken beträgt und somit ein weiteres Massnahmenpaket in der Höhe von 100 Millionen Franken notwendig wird.

Mit der Umsetzung des Massnahmenpakets 1 werden auch Stellen abgebaut

Am 18. Mai 2004 hat nun der Regierungsrat das zweite Massnahmenpaket im Umfang von 100 Millionen Franken vorgelegt. Dieses beinhaltet 60 Millionen Franken sogenannte "individuelle Sparvorgaben" in den sieben grossen Aufgabenbereichen, zusätzlich 10 Millionen Franken lineare Kürzungen über alle Departemente sowie 30 Millionen Franken Einsparungen im Personalbereich.

Gezielte Massnahmen 60 Mio. Fr., lineare Einsparungen 10 Mio. Fr., Personalmassnahmen: 30 Mio. Fr.

Von den ausgewiesenen 71 "individuellen Massnahmen" sind rund 7.5 Millionen Franken Einnahmesteigerungen, Nicht-Ausgaben resp. Kostenübernahmen durch den Bund und somit keine echten Reduktionen von Aufgaben und Leistungen. 4 Millionen Franken Einsparungen im Gesundheitsbereich sind mit 20 Millionen Franken Investitionen verbunden. Ob der Return on Investment immer richtig ausgewiesen wird oder ob mit den Investitionen nicht auch ein Leistungsausbau stattfindet, kann anhand der Unterlagen schwer abgeschätzt werden. Rund 15 Millionen Franken der "individuellen Massnahmen" in den Bereichen Gesundheits- und Sozialbereich stellen keine echten Einsparungsvorschläge dar, da sie im Sozialbereich nicht durchführbar sind, resp. im Gesundheitsbereich von KVG-Revisionen abhängen, deren Auswirkungen kaum abschätzbar sind. Rund 40 Millionen Franken Einspa-

71 Massnahmen total, davon rund 15 Mio. Fr. im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht durchführbar oder unsicher, 7.5 Mio. Fr. Einnahmesteigerungen, Nicht-Ausgaben resp. Kostenübernahmen durch den Bund

rungen durch 60 "individuellen Massnahmen" können als effektive Leistungs- und Aufgabenreduktionen, resp. als Effizienzsteigerungen bezeichnet werden. Dies entspricht ungefähr 1% des Gesamtaufwandes des Kantons Basel-Stadt. Wie sich die linearen Kürzungen auf die Dienststellen verteilen, resp. welche Konsequenzen diese Inputkürzungen auf die Leistungen des Kantons haben, bleibt für den Grossen Rat anhand der Vernehmlassungsunterlagen unklar. Aufgrund der guten Löhne und der guten Sozialleistungen, die der Arbeitgeber Basel-Stadt ausrichtet, sind die Reduktionen von rund 30 Millionen Franken im Personalbereich nach Meinung der Finanzkommission vertret- und zumutbar.

In beiden Massnahmenpaketen wurden Ausgaben reduziert - strukturelle Veränderungen werden aber vermisst..

Die Finanzkommission anerkennt die Bemühungen des Regierungsrates und ist sich bewusst, dass eine Aufwandreduktion immer schwieriger wird. Die Finanzkommission vermisst auch in diesem Massnahmenpaket nachhaltige strukturelle Veränderungen innerhalb der Verwaltung resp. der Leistungsangebote: Die Ausgaben werden zwar in allen Bereichen mühevoll reduziert, deren Zunahme ist aber jederzeit wieder möglich. Die Finanzkommission erwartet, dass die "historisch gewachsenen" Verwaltungsstrukturen den heutigen Gegebenheiten, d.h. den Aufgabenbereichen, angepasst werden. So dürfte ein Zusammenlegen des Gesundheits- und Sozialbereichs, des Justiz- und Polizeidepartements, des Wirtschafts- und Finanzbereichs und von Verkehr und Bau eher den heutigen Bedürfnissen entsprechen. Damit liessen sich die Aufgaben konsistenter verteilen und Departemente einsparen.

Mit der Reduktion der Bevölkerung bei gleich bleibenden Leistungen nehmen die Zentrumsangebote zu

Obwohl sich die Bevölkerungszahl der Stadt laufend reduziert und dieser Trend auch mit einer Wohnungsbauoffensive nicht zu stoppen sein wird, bleiben die Leistungsangebote des Kantons bestehen, resp. werden eher ausgebaut. Der Kanton Basel-Stadt übernimmt analog zur Abwanderung der Bevölkerung in die Agglomeration laufend mehr Zentrumsleistungen, die nicht oder nur ungenügend abgegolten werden. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs müsste gefragt werden, ob beispielsweise im Gesundheitsbereich nicht das Felix-Platter-Spital in Zukunft geschlossen, die Geriatrie in einen Neubau im KBS integriert werden könnte - oder im Bereich der Oberen Schulen die Zentrumsleistungen, immerhin ein Anteil von rund 10%, nicht abgebaut werden müssten, um eine Schule zu schliessen (vgl. dazu auch Kap. 8).

Die Finanzkommission erwartet, dass der Bevölkerungsrückgang zur Anpassung von staatlichen Aufgaben und Leistungen führt und dies in einem Massnahmenpaket auch sichtbar wird.

Die Finanzkommission fordert

Ein weiteres Sparpotenzial sieht die Finanzkommission in der Reduktion von Departements- und Planungsstäben. Die Stabsstellen bergen das grosse Risiko, dass Unnötiges geplant, viel Papier produziert und die Dienststellen mit "unnötigen" Aufgaben beschäftigt werden. Dies führt zu einem Leistungsausbau und zu vermehrten Investitionen. Die Finanzkommission erwartet deshalb, dass der Regierungsrat in diesem Bereich die Kapazitäten reduziert.

Der Nichteinbezug der Investitionen in die Überlegungen zur Reduktion der Staatsausgaben scheint der Finanzkommission nicht angebracht. So liegt beispielsweise im hohen Preisniveau der öffentlichen Bauten - Tief- und Hochbau - ein grosses Einsparpotenzial. Zusätzlich zum hohen Preisniveau werden oft die Folgekosten, die wiederum zu einem Aufwandwachstum führen, zu wenig in die Überlegungen miteinbezogen. Projekte, wie beispielsweise die "Finanzierung der Baumneupflanzungen in der Eulerstrasse und der Strassenbau Anpassungsarbeiten Socinstrasse/Birmannsgasse/Eulerstrasse" sollten in Zeiten von knappen öffentlichen Finanzen gründlicher hinterfragt werden. Wenn die prognostizierten Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der kommenden Jahre (vgl. Finanzplanung Politikplan) betrachtet werden, stellt sich generell die Frage, ob das Investitionsniveau des Kantons nicht zu hoch ist, dies auch im Hinblick auf Folge- und Unterhaltskosten der Investitionen.

Investitionen müssen in Massnahmenpaketen berücksichtigt werden

Dank der Ablehnung des eidgenössischen Steuerpakets dürfte der Kanton Basel-Stadt mit den beiden Massnahmenpaketen vorerst ein Grossteil des strukturellen Defizits beseitigt haben. Neue vom Bund übertragene Aufgaben und Kosten werden aber keine Entspannung für den öffentlichen Haushalt des Kantons Basel-Stadt erwarten lassen. Es wird höchste Zeit, dass den vielen kleinen Einsparungen jetzt strukturelle Anpassungen in der Verwaltung, eine Regierungsreform sowie eine Leistungsreduktion folgen, damit die Sanierung der öffentlichen Finanzen auch nachhaltig verbessert wird.

Finanzkommission fordert eine Regierungsreform sowie die strukturelle Anpassung von Verwaltung und Leistungen

4 Eingeschränkte Steuerung des Grossen Rates

Die Einführung von Sachkommissionen und eine ausgebautе Oberaufsicht erste Voraussetzungen für eine Inputsteuerung

Mit der Ablehnung des Entwurfs des Steuerungsgesetzes ist die Parlamentsreform auf halbem Weg ins Stocken geraten. Im November 2000 beschloss der Grosse Rat, ständige Sachkommissionen einzuführen und einen Parlamentsdienst aufzubauen. Diese Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates bedingte, dass die Sachkommissionen Budget und Jahresberichte inhaltlich überprüfen und zu Händen der Finanzkommission Bericht erstatten. Die Aufgabe der Finanzkommission ist es, die gesamtsstaatliche Finanzentwicklung zu überprüfen, mittel- und langfristig die Leistungs- und Finanzplanung mitzugestalten. Die Gesetzesänderung baute auf einer Veränderung der Steuerung auf: die reine kurzfristige Inputsteuerung sollte durch eine mittel- bis langfristige Outputsteuerung ersetzt werden.

Mit der Ablehnung der neuen Verwaltungsführung steuert der Grosse Rat weiterhin auf Inputbasis

Mit der Ablehnung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Januar 2004 beschloss das Parlament, weiterhin kurzfristig über die jeweiligen Jahresbudgets zu steuern. Budget und Jahresrechnung werden dem Grossen Rat somit weiterhin in der konventionellen Darstellung der Finanzbuchhaltung präsentiert, Wirkungen resp. Leistungen werden keine ausgewiesen. Eine Überprüfung der Budgets und der Jahresrechnungen durch die Sachkommissionen macht in diesem Fall wenig Sinn. Somit wird wie auch dieses Jahr, die Finanzkommission weiterhin die Rechnung sowie das Budget allein überprüfen.

Entweder Steuerungsmodell oder Geschäftsordnung muss angepasst werden

Die heutige Übergangssituation, die seit 2000 besteht, sollte umgehend bereinigt werden, damit künftig die Aufgabenteilung innerhalb des Parlaments wieder klar geregelt ist. Die Finanzkommission fordert den Grossen Rat auf, entweder die Geschäftsordnung der neuen Ausgangssituation anzupassen, was die Kommission nicht als sinnvoll erachtet, oder die einst geplanten Reformen mit einem neu auszuarbeitenden Steuerungsmodell umzusetzen.

Neben dieser gesetzlichen Unklarheit entspricht die heutige kurzfristige Steuerung mit Hilfe einer hochaggregierten Bilanz natürlich nicht dem Bedürfnis einer zeitgerechten Aufgabenerfüllung. Aufgrund unserer wirtschaftlichen Wachstumsschwäche dürfte sich an der Knappheit der öffentlichen Mittel in naher Zukunft nichts ändern. Es wird deshalb immer wichtiger werden, dass der Grosse Rat mittels einer mittelfristigen Planung entscheiden kann, wie diese knappen Staatsgelder nachhaltig, standortfördernd, effizient und gerecht und somit wohlfahrtserhöhend eingesetzt werden können. Dies eine Aufgabe, die sich nicht mit den heutigen Steuerungsinstrumenten lösen lässt.

Gegenwärtige Herausforderungen verlangen nach effizienteren Steuerungsmöglichkeiten

Während die Parlamentsreform ins Stocken gerät, wird die Verwaltungsreform weiter vorangetrieben. Der Politikplan soll gemäss FD als verwaltungsexternes Informations- und als internes Steuerungsinstrument weitergeführt werden. Somit wird der Grosse Rat weiterhin über die mittelfristigen Absichten des Regierungsrates und der Verwaltung in Kenntnis gesetzt, beschliessen kann das Parlament darüber aber nicht. Die Verwaltung überprüft weiter, wie die Aufgaben- und Ressourcenfelder des Politikplans mit der Dienststellenführung verknüpft werden können.

Die Verwaltungsreform wird weitergeführt

Der Regierungsrat hat beschlossen, die verwaltungsinterne Steuerung auf folgenden Grundsätzen weiterzuführen:

Grundsätze der verwaltungsinternen Steuerung

- Führung über Wirkungen, Leistungen und Kosten
- Weiterführung der Kostenrechnung
- Steuerungsinstrumente sind auf verwaltungsinterne bzw. regierungsrätliche Bedürfnisse ausgerichtet.

Für die Anpassung der internen Steuerungsinstrumente hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese wurde unter anderem damit beauftragt:

Aufträge der Arbeitsgruppe für die Anpassung der Internen Steuerungsinstrumente

- einen Vorschlag für die künftigen Planungs- und Budgetprozesse auszuarbeiten,
- die Ausgestaltung der Budgetvorlagen und Berichterstattung zu Handen Regierungsrat und Grosser Rat vorzuschlagen und
- die Möglichkeiten bezüglich Harmonisierung der Kostenrechnung mit dem Berichtswesen gegenüber Regierungsrat und Grosse Rat zu überprüfen.

Besonders die Integration der Kostenrechnung in das Berichtswesen sowie die Ausgestaltung der Planungs- und Budgetprozesse sind von grösster Wichtigkeit für die Steuerungsmöglichkeiten des Grossen Rates. Deshalb muss der Grosse Rat über Finanz- oder Reformkommission in diese Arbeitsgruppe integriert werden.

Steuerungsungleichgewicht zwischen Verwaltung und Grosse Rat

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass mit der Stagnation der Parlamentsreform und dem weiteren Ausbau der Verwaltungsreform ein Steuerungsungleichgewicht entsteht. Da die Verwaltung und der Regierungsrat über mittelfristige Planungselemente und -instrumente verfügen, bestimmen sie an Stelle des Grossen Rates über die Zukunft des Kantons, während sich der Grosse Rat zum Verwalter des Jahresbudgets degradiert hat.

Klare Aufträge an die Reformkommission fehlen, Fraktionen sind gefordert

Abgesehen von klaren Anzugsanträgen betreffend Politikplan und Budgetpostulat fehlen der Reformkommission die Rahmenbedingungen, auf welcher Basis sie eine neue Parlamentsreform aufbauen soll. Es ist höchste Zeit, dass die Fraktionen an einem Roundtable einen Konsens darüber finden, welche Minimalanforderungen an die Weiterentwicklung der parlamentarischen Steuerung zu stellen sind und auf welchen Grundlagen letztere aufbauen. Nur so kann in angemessener Zeit das Steuerungsdefizit des Grossen Rates behoben werden.

5 Pensionskassen-Einkäufe

Die Jahresrechnung 2003 der Finanzkontrolle wurde erstmals nach Einführung des neuen Finanzkontrollgesetzes durch eine externe Revisionsfirma überprüft. Dabei stellte sich heraus, dass für die PK-Einkäufe der Dienststelle keine Abrechnungen resp. Versicherungsausweise vorlagen. Die Einkäufe werden durch die Pensionskasse berechnet und der Dienststelle ohne Abrechnung belastet. Der Dienststellenleiter war nicht in der Lage, über die Richtigkeit der Belastung Auskunft zu geben.

Aufgrund dieses Befundes in der Finanzkontrolle wurde die Praxis von Budgetierung, Abrechnung und Kontrolle gesamtstaatlich genauer überprüft.

Externe Revision stellte fest, dass PK-Einkäufe mangels Unterlagen nicht überprüfbar sind für Dienststellen

PK-Einkäufe werden aufgrund von Weisungen des Rechnungswesens und Controllings (RWC) budgetiert. In den meisten Fällen entspricht diese Budgetierung nach Alterskategorien nicht den tatsächlichen späteren Kosten. Dies führt, wie die zahlreichen Begründungen zur Rechnung 2003 zeigen, oft zu Budgetüberschreitungen im Personalbereich. PK-Einkäufe können sich für die einzelnen Dienststellen massiv budgetbelastend auswirken. Bei den angefragten Dienststellen, Departementen aber auch beim RWC geht man heute davon aus, dass die Pensionskasse die Einkäufe richtig berechnet und dem Kanton auch richtig in Rechnung stellt, eine Kontrolle mittels Versicherungsausweisen oder Abrechnungen besteht aber offensichtlich in der gesamten Verwaltung nicht.

PK-Einkäufe belasten Dienststellenbudgets teilweise massiv und sind deshalb finanzrelevant

Die Finanzkommission fordert deshalb die Finanzkontrolle auf, die Kontrollmechanismen bezüglich der Pensionskasseneinkäufe gesamtstaatlich zu überprüfen und Vorschläge für eine Verbesserung zu machen.

Forderung der Finanzkommission

6 Informatikprojekte

Finanzkommission überprüft laufende Informatikprojekte

Die Finanzkommission überprüft seit drei Jahren im Auftrag des Grossen Rates die Ausgabenberichte und Ratschläge für neue Informatiklösungen des Kantons. In ihren Berichten an den Grossen Rat stellte die Finanzkommission immer wieder den Antrag, dass über die Projekte halbjährlich rapportiert werde. Diese Berichterstattung der betroffenen Departemente erfolgt meist termingerecht und ohne Aufforderung.

Zur Zeit "betreut" die Finanzkommission folgende Informatikprojekte:

- Obolus resp. neu Ratio, FD
- Projekt- und Kostencontrolling (PKC), BD
- SIS-Med, KBS
- Informatisierung des Staatsarchivs, WSD

Umsetzung von In- formatikprojekten sind grosse Herausforde- rungen

Wie die Erfahrungen mit den Informatikprojekten zeigen, weisen diese Geschäfte generell ein grosses Risiko auf. Selbst "erfolgreiche" Umsetzungen wie etwa die Einführung der neuen Steuerverwaltungssoftware Obolus zeigen, dass Einführungen von neuen Informatiklösungen nie problemlos ablaufen (vgl. Kap. 2, Verzug bei Veranlagungen).

Den gescheiterten Projekten wie beispielsweise das Informatikprojekt des Betriebsamts oder die mühsamen Einführungen wie etwa das PKC im BD oder das Projekt Phoenix des FD (Ablösung Link-Works, Mail- und Dokumentenablagensystem) ist gemeinsam, dass immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Diese sind:

Im Kanton BS wer- den bei der Einfüh- rung von Informa- tiklösungen immer die gleichen Fehler gemacht:

- ursprüngliche Planung bei der Budgetierung ist mangelhaft
- Projektmanagement entspricht nicht den üblichen Standards
- auftragnehmende Informatikfirma ist der Aufgabe nicht gewachsen (fachlich oder personell)
- interne Projektleitung ist überfordert (Projektaufwand unterschätzt, Projektleiter fachlich oder organisatorisch ungeeignet)

- ungenügende Projektsteuerung und Überwachung
- ungenügende Einbindung der Endanwender ("Users")
- Migration alter Daten in das neue System, generell wird die Einführung der Informatiklösungen unterschätzt

Diese Schwachstellen der "kritischen" Projekte führen meistens dazu, dass externe Risiko-Audits oder Projekt-Reviews gemacht werden müssen, interne und externe Projektleitungen ausgewechselt werden, Verzögerungen auftreten, "kulturelle Verstimmungen" zwischen den auftraggebenden Departementen und den Auftragnehmern auftreten, Zeitverzögerungen auftreten und als logische Konsequenz dieser Aufzählungen oft finanzielle Verluste drohen oder eintreten.

Konsequenzen der Fehler

Die meisten der geschilderten Probleme tauchen auch beim Phoenix-Projekt auf, das mit Gesamtkosten von rund 7 Millionen Franken als gebundene Ausgabe nicht vom Grossen Rat in einem Ratschlag bewilligt wurde. Wie gross der finanzielle Mehraufwand in diesem Projekt sein wird, kann zur Zeit noch nicht mit Sicherheit beziffert werden. Die Projektleitung wurde ersetzt; wann die Ablösung erfolgt, steht zur Zeit noch nicht fest.

Auch bei Phoenix sind alle Fehler wiederholt worden - die finanziellen Konsequenzen sind noch nicht bekannt

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz immer gleicher Fehler bei Informatikprojekten der Kanton beim Einführen neuer Informatiklösungen keine Fehlerkultur entwickelt hat. Die Finanzkommission fordert deshalb den Regierungsrat auf, eine Checkliste für Informatikprojekte zu entwickeln, um inskünftig immer gleiche Fehler zu vermeiden. Generell sollten grössere Informatikprojekte (Investition > 300'000 Franken) wegen dem hohen Risikopotenzial dem Grossen Rat in einem Ratschlag als "nicht gebunden" vorgelegt werden.

Forderung der Finanzkommission

7 PuMa-Dienststellen

Ab Budget 2005 gibt es in den PuMa-Dienststellen keine Globalbudgets mehr

Aufgrund der Ablehnung des Steuerungsgesetzes zur Staatsleitung und der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung durch den Grossen Rat werden die ehemaligen PuMa-Dienststellen resp. den Dienststellen des Finanzdepartements ab Budget 2005 wieder konventionell budgetieren, da das PuMa-Gesetz auf Ende 2004 befristet ist. Einzig für die Museen, deren Globalbudgets im nicht befristeten Museumsgesetz geregelt sind, sind keine Änderungen vorgesehen.

Vorgehen bei der Prüfung der Jahresberichte der PuMa-Dienststellen

Die Jahresberichte der PuMa-Dienststellen wurden durch die einzelnen Sachkommissionen überprüft. Die Mitberichte der einzelnen Kommissionen finden sich in Anhang 1. Die Jahresberichte der Dienststellen des Finanzdepartements wurden durch die Finanzkommission selber überprüft.

Die Übertragung von Bonus resp. Malus der Rechnung 2003 in das Budget 2004 hat letztmals stattgefunden. Die Vorschläge des Regierungsrats für die Übertragungen wurden von der Finanzkommission überprüft und mussten nicht beanstandet werden.

In den Jahresberichten des FD tauchen die ersten Kennzahlen auf ...

Die Dienststellen des Finanzdepartements sind der Forderung der Finanzkommission nach Kennzahlen nachgekommen. Der Ansatz war gut, hätte aber in den folgenden Jahren noch zu einem umfassenden Set ausgebaut werden müssen. Es fehlen immer noch die wichtigen Angaben betreffend Anzahl der Mitarbeitenden pro Dienststelle.

Mitberichte der Sachkommissionen sind von guter Qualität- leider fehlen einige!

Die im Anhang 1 aufgeführten Mitberichte der Sachkommissionen zeugen von weitgehend seriöser Prüfung durch die beteiligten Sachkommissionen. Die Berichte geben wertvolle Informationen wieder, die das richtige Verstehen der Jahresberichte der Dienststellen erst ermöglicht. Auf Basis dieser Berichte kann die Finanzkommission die Oberaufsicht fundiert wahrnehmen.

8 Ordentliche Nettoaufwände (ONA) - eine fragliche Steuerungsgrösse

In den letzten Jahren hat sich eingebürgert sowohl im Budget als auch in der Rechnung den ordentlichen Nettoaufwand als massgebende Finanzgrösse zu betrachten. Der ordentliche Nettoaufwand (ONA) definiert sich dabei wie folgt:

ONA - heute massgebende Finanzgrösse

$$\text{ONA} = \text{Aufwand} + \text{Abschreibungen} - \text{Erträge}$$

Die Finanzkommission hat sich bereits in früheren Berichten dahingehend geäussert, dass sie den ONA auf Ebene der Dienststellen als untaugliche Steuerungsgrösse betrachtet. Dies darum, weil der ordentliche Nettoaufwand unverändert sein kann, obwohl sich die Elemente des ONA wesentlich verändert haben. So besteht die Gefahr, dass die Erhöhung von Einnahmen dazu verleitet, auch die Ausgaben zu erhöhen, da sich dadurch der Nettoaufwand nicht verändert. Besonders kritisch wird es, wenn die Abschreibungen tiefer als budgetiert liegen. Im Baudepartement sind die Abschreibungen besonders schwierig zu budgetieren, weil sie bei Bauinvestitionen laufend gemacht werden und nicht erst nach Fertigstellung eines Bauwerkes vorgenommen werden. Dies kann im BD zu grossen Budgetabweichungen bei den Abschreibungen führen, was zur Folge hat, dass der ONA als Steuerungsgrösse in diesem Departement noch fragwürdiger wird.

ONA auf Ebene Dienststellen keine taugliche Steuerungsgrösse

Die Finanzkommission ist deshalb der Meinung, dass der ONA höchstens auf der departementalen oder gesamtsstaatlichen Ebene als Zielgrösse betrachtet werden darf, während auf Ebene der Dienststellen auch die Einzelsummen - Ertrag, Aufwand und Abschreibung - als Rechnungszielgrössen zu betrachten sind. So wie die Budgetgrössen heute gehandhabt werden, entspricht das Budget faktisch einem Globalbudget und der Systematik, wie sie im Steuergesetz vorgesehen war. Bereits dort ist aber die Diskussion entbrannt, welche Elemente eines Globalbudgets zu genehmigen sind.

Forderung der Finanzkommission

Die Finanzkommission fordert, dass neben dem ONA auch der Ertrag, der Aufwand und die Abschreibungen massgebende Budget- und Rechnungsgrössen sind. Sie verlangt deshalb, dass in Zukunft der Regierungsrat seine Steuerungsfunktion in allen Kenngrössen wahrnimmt.

9 Departementsrechnungen

9.1 Wirtschafts- und Sozialdepartement

Sozialhilfe

Das Budget der Sozialhilfe Basel (SHB) von rund 81 Millionen Franken (eingestellt im Departementssekretariat, Konto 362 eigene Beiträge an Gemeinden) wurde um 21 Millionen Franken bzw. 26% überschritten. Die Finanzkommission klärte detailliert ab, warum es zu dieser signifikanten Budgetüberschreitung kam.

Budget der Sozialhilfe um 21 Millionen Franken überschritten!

Die Entwicklung der Anzahl Sozialhilfeempfänger belegt, dass nach besten Kenntnissen budgetiert wurde. Im Frühjahr 2002, dem Zeitpunkt der Budgetierung, nahm die Zahl der Fälle ab, um anschliessend von August 2002 bis März 2004 um 34% kaum voraussehbar anzusteigen. Der Anstieg erfolgte der langjährigen Regel entsprechend, dass die Anzahl Sozialhilfeempfänger direkt von den Zahlen der Arbeitslosen und Ausgesteuerten abhängt, welche tatsächlich auch massiv angestiegen sind. Obwohl weit mehr Fälle als geplant behandelt werden mussten, hat die SHB ihren Verwaltungsaufwand auf Budgethöhe gehalten. Hingegen musste das Projekt "nachhaltige Sozialhilfe" sistiert werden, welches mittels mehr Personal bzw. besserer Betreuung der Fälle, den Aufwand für Unterstützungen reduzieren will.

Bei der Budgetierung war die Entwicklung der Anzahl Sozialhilfeempfänger noch nicht absehbar

Eine grosszügige Bewilligungspraxis lässt sich bei der SHB nicht feststellen. Diese Aussage wird unterstützt von der Analyse der Anfragen: von insgesamt 6841 Fällen im Jahr 2003 führten nur 1579 bzw. 24% zu Unterstützungsleistungen von mehr als vier Monaten Dauer. 1122 bzw. 16 % führten zu Unterstützungsleistungen von weniger als vier Monaten. 1032 bzw. 15% der Fälle führten zu Abklärungen und Beratungen ohne Unterstützungsleistungen bzw. Ablehnungen. Der Rest der Fälle konnte mittels Informationen ohne Abklärungen erledigt werden.

SHB - Bewilligungspraxis auf gutem Standard

Die hohen Sozialbeitragskosten in BS sind bedingt durch die vielen Fälle und nicht durch attraktive Unterstützungsansätze

Die Analyse der Unterstützungsansätze, die vom Amt für Sozialbeiträge festgelegt werden, zeigt, dass Basel sich an die Richtlinien der Schweizer Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hält. Trotzdem ist Basel - analog anderen Städten - durch die herrschende Anonymität, die Existenz von Subkulturen und wegen der guten Infrastrukturen attraktiv für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen. Von den Sozialhilfeempfängenden sind:

- 64% in Einpersonenhaushalten,
- 53% Ausländer/Ausländerinnen,
- 20% Alleinerziehende,
- 14% mit Suchtproblemen / psychisch krank,
- 5% in Ausbildung.

Massnahmen für Kostenreduktion von WSD und SHB

Aufgrund des grossen Ausgabenwachstums in der Sozialhilfe bemühen sich der Regierungsrat, das WSD und die SHB, die Kosten mit verschiedenen Massnahmen einzudämmen:

- Restriktiverer Zugang zur Sozialhilfe für junge Erwachsene in Ausbildung
- Restriktivere Festsetzung der Wohnkostenobergrenzen: neu sollen statt nur 3 teilweise 4 Personen eine 3-Zimmerwohnung (max. 1300 Franken Mietzins exkl. Nebenkosten) und statt nur 4 teilweise 5 Personen eine 4-Zimmerwohnung (max. 1600 Franken) belegen.
- Reduktion der anrechenbaren Krankenkassenprämien auf 90% der kantonalen Durchschnittsprämie
- Verstärkte berufliche Integrationsmassnahmen für bedürftige, junge Erwachsene ohne Ausbildung
- Kontrollen durch Hausbesuche
- Restriktivere Praxis im Bereich der Finanzierung von stationären Drogen-therapien
- Restriktivere Praxis bei den Aufenthaltsbewilligungen und beim Vollzug des Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG).

9.2 Sanitätsdepartement

Kantonsspital (KBS)

Neben der technischen Umsetzung des neuen Leistungskatalogs, waren umfangreiche, organisatorische Veränderungen in den verschiedenen Kliniken notwendig, um TARMED richtig einzuführen. Das Sanitätsdepartement hat im Wissen um die Komplexität der Materie die laufenden Arbeiten im KBS durch eine externe Firma prüfen lassen, der Finanzkommission sind die Prüfungsergebnisse bekannt. TARMED hat auch im KBS zu Verzögerungen in der Rechnungsstellung geführt. Der für TARMED notwendige SAP-Release konnte erst im Februar realisiert werden. Die Schnittstellen funktionieren heute alle zur Zufriedenheit. Die umfangreiche und komplexe Umstellung ist nach Aussagen der Spitalleitung vom Personal hervorragend gemeistert worden. Ab Mitte April konnten wieder Rechnungen erstellt, seit Mitte Mai funktioniert die Rechnungsstellung wieder normal. Der Zinsverlust für die zweimonatige Verzögerung in der Rechnungsstellung wird vom KBS mit ca. 200'000 Franken beziffert. Die Einführung von TARMED hat in allen Universitätsspitalern der Schweiz zu Problemen geführt, weil die Schnittstellenproblematik in diesen Zentren besonders gross ist.

*TARMED:
Trotz gegenteiligen
Pressemitteilungen
wurde TARMED im
Frühjahr 2004 im
KBS erfolgreich ein-
geführt*

Erneut sind die Kosten für den Medizinischen Bedarf im Jahr 2003 überdurchschnittlich gewachsen. Die Nettosteigerung gegenüber dem Vorjahr konnte jedoch etwas gebremst werden. Das KBS versucht durch Sensibilisierung der verantwortlichen Ärzte die Kosten in diesem Bereich nicht explodieren zu lassen. Infolge der laufenden medizinischen Fortschritte und Neuentwicklungen, die von Universitätsspitalern ausgehen oder dort meist umgehend eingeführt werden, dürfte das Kostenwachstum für den Medizinischen Bedarf im KBS auch in den nächsten Jahren über der Teuerung zu liegen kommen.

*Medizinischer Be-
darf:
Wachstum ohne
Ende?*

9.3 Erziehungsdepartement

Pro-Kopf-Kosten Museen

Die Finanzkommission verfolgt seit Jahren die Pro-Kopf-Kosten in verschiedenen Bereichen des Erziehungsdepartements.

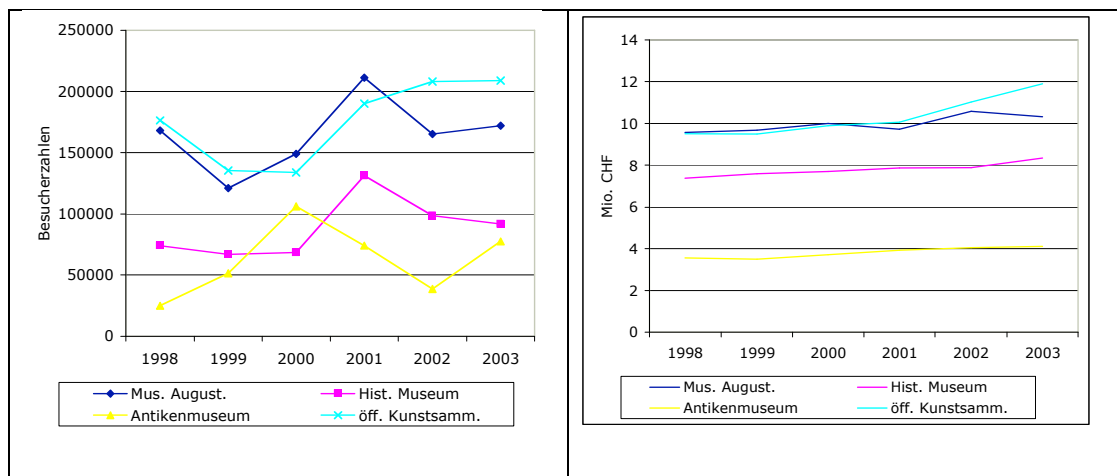
In Tabelle 1 werden die Nettokosten pro Besuch in den verschiedenen Museen über sechs Jahre verglichen. Wie die anschliessenden Graphiken zeigen, sind die Pro-Kopf-Kosten der Museen vor allem abhängig von den Anzahl Besuchern und weniger von den Gesamtkosten der Museen.

Tabelle 1
Kosten pro Besucher

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Öffentliche Kunstsammlung	54.-	70.-	74.-	53.-	53.-	57.-
Antikenmuseum	143.-	68.-	35.-	53.-	105.-	53.-
Historisches Museum	100.-	114.-	113.-	60.-	80.-	91.-
Museen an der Augustinergasse	57.-	80.-	67.-	46.-	64.-	60.-
Ø Kosten über alle Museen	68.-	81.-	68.-	52.-	66.-	63.-

Abbildung 1 und 2

- 1) Besucherzahlen
2) Nettokosten



Die beiden Graphiken zeigen, dass sowohl die Besucherzahlen als auch die Kosten in den Museen zunehmen. Aus den Durchschnittskosten pro Kopf über alle Museen lässt sich erkennen, dass die Anzahl der Besucher leicht schneller wächst als die Kosten. 2003 verzeichneten alle Museen zusammen

549'907 Besucher (2002, 510'515); am meisten die Öffentliche Kunstsammlung mit 208'764 (208'163). In den oben aufgeführten Zahlen ist auch die Museumsnacht (2003; 47'051 Besucherinnen und Besucher gegenüber 41'233 im Vorjahr) mit eingeschlossen.

Sonderausstellungen senken die Pro-Kopf-Kosten erheblich und haben wegen den vielen Besucherinnen und Besucher einen grossen volkswirtschaftlichen Nebeneffekt. Die Finanzkommission stellt sich wegen des grossen wirtschaftlichen Nutzens die Frage, ob nicht jedes Museum in seinem Leistungsauftrag verpflichtet werden sollte, regelmässig Sonderausstellungen durchzuführen.

*Sonderausstellungen
als Leistungsauftrag?*

Kosten pro Theaterbesuch

Auch für das Theater hat die Finanzkommission die Durchschnittskosten pro Theaterbesuch erhoben. In der Tabelle 2 werden die Gesamtvollkosten, in Tabelle 3 die Vollkosten pro Besucherin und Besucher und die Vollkosten je Platz aufgeführt.

Werden die Platz- resp. Theaterbesuchskosten mit anderen Häusern verglichen, muss abgeklärt werden,

- ob in den Eintrittten auch Freikarten mitgezählt werden oder nicht (Basel ohne) und
- welche Querschnitts- und Overheadkosten in den Vollkosten integriert sind.

Die schwankenden Besuchskosten sind auf die unterschiedlichen Auslastungen in den verschiedenen Spielzeiten zurückzuführen, was natürlich ein Indikator für die Attraktivität des Spielplans der jeweiligen Periode ist. Die Abon-Zahlen repräsentieren die vom Theater selbst verkauften Abonnemente.

Finanzen¹

in Mio. Franken	2003	2002	2001	2000	1999
Beitrag Kanton Basel-Stadt ²	33.2	33.2	34.0	33.3	33.2
Kalk. Kosten Kanton Basel-Stadt ³	7.6	7.6	5.5	5.5	5.5
Beitrag Kanton Basel-Landschaft	3.5	3.5	3.5	3.5	4.8
Drittmittel	11.1	11.1	9.5	10.1	8.6
Vollkosten Theater Basel	55.4	55.4	52.5	52.4	52.1

Tabelle 2
Beiträge an die Vollkosten des Theaters

Vollkosten je Besucher/in und je Platz¹

Tabelle 3
Vollkosten pro Besucher resp. pro Platz

Angaben pro Spielzeit	2002/2003	2001/2002	2000/2001	1999/2000	1998/1999
Anzahl Besucher/innen ⁴	177'064	188'776	157'762	176'191	169'358
Vollkosten je Besucher/in in Fr.	313	293	333	297	308
Anzahl verfügbare Plätze	304'073	321'515	295'742	303'713	313'731
Vollkosten je Platz in Fr.	182	172	178	173	166

1 Die Finanzdaten entsprechen den Kalenderjahren; die statistischen Angaben (Anzahl Besucher/innen etc.) den Spielzeiten des Theaters.

2 Subvention, PK-Kosten sowie Miete Komödie (bis 2001).

3 Kalkulatorische Liegenschaftsmiete (ab 2002 inkl. Schauspielhaus) + Overheadkosten Basel-Stadt (die kalkulatorischen Kosten werden beim Theater Basel nicht ausgabenwirksam und sind in der Jahresrechnung des Theaters nicht enthalten).

4 Nur zahlende Besucher/innen - ohne Presse, Dienst- und Freikarten.

Regionale Verteilung der Theater-Abonnenten/Abonnentinnen

Tabelle 4
Regionale Verteilung der Abos

Angaben pro Spielzeit	2002/2003	2001/2002	2000/2001	1999/2000	1998/1999
Anzahl Eintritte mit Abonnements	72'437	70'109	67'692	74'661	79'462
Anzahl Abonnenten Total	6'628	6'235	6'116	5'917	6'454
davon aus: ¹					
<i>Basel-Stadt</i>	<i>2'897</i>	<i>2'725</i>	<i>2'673</i>	<i>2'586</i>	<i>2'821</i>
<i>Basel-Landschaft</i>	<i>2'683</i>	<i>2'524</i>	<i>2'476</i>	<i>2'395</i>	<i>2'613</i>
<i>Ybrigen Kantonen</i>	<i>522</i>	<i>491</i>	<i>482</i>	<i>466</i>	<i>508</i>
<i>Ausland</i>	<i>526</i>	<i>495</i>	<i>485</i>	<i>470</i>	<i>512</i>

1 Die Abonnements-Verteilungsdaten werden nicht laufend erhoben. In der Spielzeit 2002/2003 wurde die letzte Ad-hoc-Auswertung erstellt. Der Verteilschlüssel dieser Spielzeit ist jedoch auch für die Vorjahre anwendbar (kursiv dargestellt).

Die Subvention pro Theaterplatz liegt zwischen 200 und 250 Franken

In den Kosten nicht mitgerechnet sind die Kosten für das Basler Symphonieorchester bei musikalischen Aufführungen. Der Anteil der verkauften Sitzplätze gegenüber allen verfügbaren Plätzen ergibt die durchschnittliche Auslastung der Theatervorstellung. Diese liegt zwischen 55 und 60 %. Die durchschnittliche Subventionierung eines Theaterbesuchs liegt bei dieser Auslastung zwischen 200 und 250 Franken (Eintritt berücksichtigt). Aufgrund der Abonnemente ist davon auszugehen, dass über die Hälfte der Besucherinnen und Besucher aus unserem Umland stammen und die Kosten somit für die

Stadt als Zentrumsleistungen anfallen. Wie gross auf der anderen Seite die externen Nutzen des Theaters für die Stadt und die Region sind, ist natürlich schwer evaluierbar, wäre aber bei Kulturentscheiden eine interessante Grösse.

Kosten pro Schülerin / Schüler

Die Vollkosten pro Schülerin resp. Schüler für das Jahr 2003 werden vom Erziehungsdepartement wie folgt festgelegt:

	Vollkosten [CHF/S]	Davon departements- externe Querschnittskosten [CHF/S]	Ausserkantonale Schulgelder [CHF/S]	Total SchülerInnen	Anzahl Auswärtige
Kindergarten	14'791	415	5'500	2'360	0
Primarschulen	16'527	404	9'000	5'456	1
PS Kleinklassen	30'963	974	13'500	368	1
OS	22'112	539	12'000	4'253	5
OS Kleinklassen	37'598	1'281	18'000	274	0
WBS	24'860	616	12'000	1'730	13
WBS Kleinklassen	34'124	1'163	18'000	163	0
Brückenangebote	18'919	517	15'000 * 17'750	816	174
Diplom- /Fachmittelschule (DMS/FMS)	25'189	714	17'000	567	103
Gymnasium total	24'486	707	12'000 ** 17'000	3'406	133 318

Tabelle 5
Kosten pro Schülerin
und Schüler [CHF/S]

* 1. Tarif: Vorlehre, 2. Tarif: Basis, KVS

** 1. Tarif: innerhalb Schulpflicht, 2. Tarif: nach 9. Schuljahr

In oben stehender Tabelle fällt auf, dass die Schulgelder für ausserkantonale Schülerinnen/Schüler die Vollkosten nicht decken. Dies fällt insbesondere bei den Gymnasien und der DMS/FMS ins Gewicht. Aufgrund des Regionalen Schulabkommens ist Basel-Stadt jedoch verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aus den Abkommenskantonen aufzunehmen.

Forderung der Finanzkommission

Die Finanzkommission ersucht den Regierungsrat zu überprüfen, ob die hohen Kosten von rund 5 Millionen Franken, welche dem Kanton dadurch entstehen, angesichts der angespannten Finanzlage des Kantons Basel-Stadt noch vertretbar sind.

9.4 Baudepartement

Bauabrechnungen

BD legt nicht aktualisierte List von Bauabrechnungen vor

Die Abteilung Controlling des Baudepartements erstellt jährlich eine Liste, aus der ersichtlich ist, welche Bauvorhaben im entsprechendem Jahr abgeschlossen wurden und für welche Gesamtkostenabrechnung vorliegen.

Auffallend an der vorgelegten Liste war, dass immer noch Objekte früherer Bauabrechnungen aufgeführt sind, die bereits vom Grossen Rat genehmigt wurden:

- 39 aus dem Jahr 2001
- 31 Objekte aus dem Jahr 2002,
- 3 Objekte älter als 2001

Forderung der Finanzkommission

Die Finanzkommission fordert das Baudepartement auf, die Liste der Bauabrechnung in Zukunft aktualisiert abzugeben. Die vom Grossen Rat genehmigten Bauabrechnungen sind aus Übersichtgründen von der aktuellen Liste zu entfernen.

Stichprobenartige Überprüfung

Der Baurevisor der Finanzkontrolle hat im Auftrag der Finanzkommission eine stichprobenartige Prüfung der Bauabrechnungen durchgeführt. Es handelte sich um die folgenden Objekte:

- Anatomisches Institut: Umbau und Erweiterung
- Wohnheim und Förderstätte für geistig behinderte Erwachsene: Neubau Riehenstr. 300
- Schlachthof Basel: Sanierung und Erweiterung der Kühlräume
- Wettsteinbrücke: Erneuerung der Brücken- und Widerlager
- Rheinuferböschung Grossbasel: Sanierung Totentanz bis Rheinbad St. Johann
- Kanalisation: Spiegelgasse/Blumenrain, Strecke Fischmarkt - Totentanz
- Kompostieranlage Arlesheim: Kompostshredder
- Kompostieranlage Arlesheim: Dach über Lagerplatz

*Hochbau**Tiefbau**AUE**Stadtgärtnerei/Friedhöfe*

Die stichprobenartige Prüfung hat ergeben, dass die Bauabrechnungen umfangreich dokumentiert, die Mehr- resp. Minderausgaben nachvollziehbar belegt waren. Alle Bauabrechnungen entsprachen den Vorgaben des BD.

Resultate der Überprüfung

Abgesehen von der Nichtaktualisierung der Liste der Bauabrechnungen waren im Gegensatz zu früheren Überprüfungen alle Bauabrechnungen ordnungsgemäss geführt. Die Finanzkommission beantragt deshalb dem Grossen Rat, die Bauobjekte, die im Anhang verzeichnet sind, zu genehmigen.

Antrag der Finanzkommission

10 Anträge der Finanzkommission

Die Finanzkommission stellt dem Grossen Rat den Antrag, die Staatsrechnung 2003, bestehend aus der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung), der Bestandesrechnung (Bilanz) per 31.12.2003 und der Investitionsrechnung, zu genehmigen und den Ertragsüberschuss von 86'820'700 Franken der Staatsbilanz gutzuschreiben. Damit weist die Staatsbilanz per 31.12.2003 neu einen Bilanzfehlbetrag von 381'072'244 Franken aus.

Zusätzlich stellt die Finanzkommission dem Grossen Rat den Antrag, die in Anhang 4 aufgeführten Bauabrechnungen zu genehmigen.

Die Finanzkommission hat in ihrer Sitzung vom 27 Mai 2004 diesen Bericht mit 9:0 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet und den Präsidenten als ihren Referenten bestimmt.

Basel, 1. Juni 2004

Für die Finanzkommission

Daniel Wunderlin, Präsident

Grossratsbeschluss betreffend

Genehmigung der Staatsrechnung für das Jahr 2003

(vom)

1. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt genehmigt auf Antrag der Finanzkommission die Staatsrechnung 2003, bestehend aus der Laufenden Rechnung, der Bestandesrechnung per 31.12.2003 und der Investitionsrechnung. Der Ertragsüberschuss von 86'820'700 Franken ist der Staatsbilanz gutzuschreiben. Damit weist die Staatsbilanz per 31.12.2003 neu einen Bilanzfehlbetrag von 381'072'244 Franken aus.
2. Auf Antrag der Finanzkommission genehmigt der Grosse Rat die Bauabrechnungen der abgeschlossenen Bauvorhaben.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Anhang 1 Mitberichte der Sachkommission zu den PuMa - Dienststellen

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zur Rechnung 2003 des Schulpsychologischen Dienstes der Schulen Basel-Stadt (SPD)

Vorgehensweise

Die Bildungs- und Kulturkommission setzte auch dieses Jahr zur Prüfung der Rechnung 2003 des Schulpsychologischen Dienstes eine Subkommission (Verena Herzog, Rolf Häring und Pius Marrer) ein, die mit dem Leiter, Dr. Peter Gutzwiller, und in Anwesenheit des Departementssekretärs ED, Dr. Markus Grolimund, ein Gespräch führte. Die BKK liess sich in ihrer Sitzung vom 12. Mai 2004 über dieses Gespräch informieren und genehmigte den vorliegenden Bericht zur Weiterleitung an die Finanzkommission.

Allgemeines

Dem SPD ist im Jahre 2003 bezüglich Einhaltung des Budgets eine „Punktlandung“ gelungen. Der für die Beurteilung des finanziellen Ergebnisses massgebende ordentliche Nettoaufwand von budgetierten Fr. 2,74 Mio. fiel zwar mit Fr. 2,86 Mio. um 4% höher aus, aber unter Berücksichtigung der von vom SPD nicht beeinflussbaren zusätzlichen Kosten wie u.a. der Teuerung bei den Personalkosten und der Mehrkosten für PK-Einkäufe resultierten insgesamt Minderausgaben von Fr. 32'137.--. Fünfzig Prozent dieses - im Jahr 2003 zwar verhältnismässig geringen - Ertrags kann die PUMA-Dienststelle SPD im laufenden Jahr noch letztmals als Bonus verwenden.

An NPM schätzte der Leiter des SPD das Globalbudget, das eine gewisse unternehmerische Flexibilität erlaubte. Als Beispiel wurde eine Beschaffung im EDV-Bereich genannt, bei welcher mit dem Verzicht auf eine externe teure Variante und dem Entscheid für eine den gestellten Anforderungen absolut genügende, erheblich viel günstigere Variante finanzielle Mittel eingespart werden konnten. Solche Mittel konnten bisher als Bonus flexibel eingesetzt werden, z.B. für eine befristete Psycho-

logenstelle. Mit dieser Stelle gelang es dem SPD, Rückstände in den Wartelisten abzubauen.

Auch nach dem negativen NPM-Entscheid im Grossen Rat wird der SPD - abgesehen vom Globalbudget und vom Bonus/Malus-System - weiterhin nach NPM-Prinzipien arbeiten, d.h. seine Leistungen und deren Qualität nach festgelegten Kriterien laufend überprüfen und hinterfragen. Der SPD wird aber nach dem offiziellen Verzicht auf NPM nicht mehr mit einem Leistungsauftrag direkt gegenüber dem Vorsteher des ED verantwortlich sein, sondern er wird in Zukunft innerhalb des Ressorts Schulen wieder zu einer normalen Dienststelle - mit einem Budget als Richt-Grösse und nicht mehr mit einem Budget als Höchst-Grösse mit Bonus und Malus.

Personalbestand

Beim Personalbestand des SPD ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen.

Transparenz über Kosten und Leistungen

Im Rahmen des NPM-Versuchs beschränkte sich der SPD unter dem Titel "Psychologische Intervention" auf eine einzige Produktgruppe. Intern arbeitet man aber immer noch nach den drei im Rahmen von PUMA festgelegten Produktgruppen "1 Psychologische Dienstleistungen einzelorientiert", "2 Psychologische Dienstleistungen gruppenorientiert" und "3 Psychologische Dienstleistungen an Dritte". Die BKK-Subkommission hatte Einsicht in diese detaillierteren Unterlagen und bestätigt deren angemessene Transparenz.

Operative Ziele und Indikatoren

Operative Ziele und Indikatoren werden beim SPD andauernd überprüft. Von fünf Leistungszielen konnten deren vier gegenüber dem Vorjahr ungefähr gehalten oder sogar verbessert werden. Dies gilt auch für das Leistungsziel "Kontaktaufnahme" mit einer Steigerung von 31% auf 42%. Nicht erreicht wurden dabei allerdings die angestrebten 80%. Der Subkommission konnte glaubhaft erläutert werden, dass dabei der Indikator "innert 14 Tagen" eine Qualität verlangt, die zwar in vielen dringenden Fällen angemessen, aber in ebenso vielen Fällen, wie etwa Schulreife-Prüfungen,

unangemessen, d.h. zu hoch angesetzt ist. Der Indikator "14 Tage" müsste deshalb differenziert werden, auch wenn dies zu Lasten der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ginge.

Antrag

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt einstimmig, die Rechnung 2003 des Schulpsychologischen Dienstes zu genehmigen.

Basel, 12. Mai 2004

Für die Bildungs- und Kulturkommission

Dr. Christine Heuss

Mitbericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zur Rechnung 2003 des Grundbuch- und Vermessungsamtes

vom 18. Mai 2004

Da das Grundbuch- und Vermessungsamt eine (ehemalige) PUMA-Dienststelle ist, wird ihre Jahresrechnung nicht nur von der Finanzkommission geprüft, sondern auch von der zuständigen Sachkommission. Die Bau- und Raumplanungskommission hat eine Subkommission (bestehend aus H. Amstad [Vorsitz], A. Lachenmeier und P. Zinkernagel) mit dieser Aufgabe betraut. Die Subkommission hat bei einem Treffen mit dem Leiter des Grundbuch- und Vermessungsamtes die Jahresrechnung besprochen, Erläuterungen eingeholt und offene Fragen geklärt.

Allgemeine Bemerkungen

Die Informatisierung des Grundbuch- und Vermessungsamtes ist mehr oder weniger abgeschlossen, und auch das schon länger geplante Kundenzentrum als alleinige Anlaufstelle ist in der Zwischenzeit eingerichtet. Diese Verbesserungen haben dazu geführt, dass bei gleichbleibender Personaldotation rascher und effizienter auf Kundenwünsche eingegangen werden kann.

Vergleich Budget 03/Rechnung 03

Die Jahresrechnung 2003 des Grundbuch- und Vermessungsamtes weist einen Aufwand (ohne Investitionen) von CHF 8'077'390, Investitionen von CHF 116'209 und einen Ertrag von CHF 7'958'259 aus. Der daraus resultierende Ordentliche Nettoaufwand (ONA) von CHF 234'989 liegt 48% unter dem budgetierten ONA. Der Aufwand war budgetkonform (bzw. CHF 7'000 geringer als budgetiert); hingegen war der Ertrag CHF 62'000 höher als budgetiert und die Investitionen um CHF 148'000 vermindert.

Bei der Kosten-/Leistungsrechnung der Dienststelle (= Globalbudget; dabei sind auch kalkulatorische Kosten wie Miete und Abschreibungen; Querschnittskosten und Querschnittserlöse berücksichtigt) liegt das Ergebnis 9% unter dem budgetierten Wert. Durch die Anhebung der Aktivierungsgrenze für die Anlagen auf CHF 50'000 ergaben sich höhere Direktabschreibungen über den laufenden Aufwand.

Erneut sind die Budget/Rechnungs-Vergleiche bei den einzelnen Produktgruppen (PG) unterschiedlich ausgefallen. Bei der PG 1 (Bereitstellen und Nachführen der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen BS) schliesst das Globalbudget um CHF 510'200 besser ab als vorgesehen (-182% im Vergleich zum Budget 03), bei der PG2 (Aus- und Weitergabe der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen BS) hingegen um CHF 407'800 schlechter (+123% gegenüber dem Budget 03). Bei der PG3 (Besondere Dienstleistungen) und PG4 (Fachausbildung) hingegen sind keine grossen Differenzen zu beobachten (-6% bzw. +4%).

Für die PG1 wird die Differenz damit erklärt, dass durch die raschere Geschäftsabwicklung im Grundbuch und in der amtlichen Vermessung die Erlöse verbessert werden konnten; hingegen hält bei der PG2 der Rückgang der Nachfrage Privater nach Plänen und Datenauszügen an.

Antrag

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt dem Grossen Rat, die Rechnung des Grundbuch- und Vermessungsamtes für das Jahr 2003 gemäss Vorlage des Regierungsrates zu genehmigen.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat diesen Mitbericht am 18. Mai 2004 einstimmig genehmigt.

Basel, 18. Mai 2003

Der Kommissionspräsident:

Dr. Andreas C. Albrecht

Mitbericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates zur Jahresrechnung 2003 der Puma-Dienststelle Amt für Umwelt und Energie (AUE)

Eine Zweierdelegation der UVEK besuchte das Amt für Umwelt und Energie. Am Gespräch nahmen Herr Dr. Jürg Hofer, Leiter AUE, sein Stellvertreter, Herr Dr. Roger Reinauer und die Leiterin der Abteilung Administration und Finanzen, Frau Irène Gränacher, teil. Neben dem Vorabdruck der Rechnung wurden der Delegation zusätzlich detaillierte Angaben zu den Produktgruppen zur Verfügung gestellt, diese enthielten keine Angaben über Kosten.

Das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung wurde der UVEK von Eugen Schmid und Thomas Baerlocher präsentiert. Bei der Prüfung der Rechnung 02 hat sich die UVEK noch die Frage gestellt, ob eine politische Kontrolle in dieser Weise möglich und sinnvoll sei. Dies erübrigt sich aus bekannten Gründen. Die Prüfung beschränkte sich daher auf Nachfragen zur Klärung unklarer Punkte bezüglich Fachlichem und Finanzen.

Allgemeines zur Rechnung des AUE

Es bleibt dabei: Die PUMA-Rechnung wurde für die Delegation der UVEK erst mit Hilfe der Erklärungen der Vertreter der Amtsstelle nachvollziehbar. Die Bemerkungen vor einem Jahr wurden auch im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von NPM gemacht; die Produktgruppen wären gegenüber heute verkleinert worden. Die Anregungen der UVEK hätten umgesetzt werden können. Die Rechnung 03 hat nur insofern eine Korrektur erfahren, als eine Produktgruppe „Nicht produktebezogene fachliche Beratung“ gestrichen wurde. Bei der Darstellung der PUMA-Rechnung im Vorabdruck (aber auch im Rechnungsbuch) hat sich gezeigt, dass die Darstellung der Leistungsziele und Indikatoren nicht vollständig ist; > oder <-Zeichen werden nicht abgebildet und führen daher zu falschen Angaben (das AUE hatte die Zeichen in seinen Unterlagen eingefügt).

41 der 45 operativen Ziele konnten erreicht werden. Die nicht erfüllten Ziele hängen mit der zeitlichen Dauer der Bewilligungsverfahren zusammen. Dies kommt vor allem von einer überdurchschnittlichen Anzahl von Gesuchen her.

Abbau von Aufgaben und Leistungen – Einfluss auf Leistungsziele?

Die Delegation setzte im Hearing den Schwerpunkt der Fragen auf Auswirkungen, Konsequenzen aus dem ersten Sparpaket. Hierbei sollten prinzipiell bei einer PUMA-Dienststelle direkt Aussagen über die Konsequenzen auf die definierten Leistungsziele möglich sein: Abbau von Aufgaben und Leistungen sollten bei der Erreichung der Leistungsziele feststellbar sein.

Im AUE wurden/werden 8 Stellen abgebaut. Im Bereich der Liegenschaftsentwässerung und Kanalisationsbewilligung wurden mittels Einschränkung auf Leistungen, welche gesetzlich verlangt werden, und Koordination im Baubewilligungsverfahren Einsparungen vorgenommen. Ob ein Leistungsabbau auf die Wirkungs- bzw. Leistungsziele oder die Indikatoren Auswirkungen gehabt hätte, kann nicht festgestellt werden. Rekurse gegen Kanalisationsauflagen sind bis Mai 2004 keine eingereicht worden.

Ein weiteres Beispiel von Einsparungen sind die Hochdruckspülungen der Kanalisation. Eine Überprüfung des Reinigungskonzeptes hat aufgezeigt, dass nicht in allen städtischen Gebieten der gleiche Reinigungsrhythmus notwendig ist (Ablagerungen in der Kanalisation je nach Gefälle unterschiedlich). Dieses neue Reinigungskonzept, welches dynamisch angepasst werden kann, führt zur Einsparung von einer Equipe. Auch hier ist eigentlich kein Leistungsabbau festzustellen.

Die Leitung des AUE konnte uns darlegen, dass mit intelligenten, organisatorischen Veränderungen über Optimierungen kein Leistungsabbau verbunden ist: Es werden zwar effektiv weniger Aufgaben wahrgenommen, indem Komprimierungen bei den bisherigen Tätigkeiten stattfinden, doch der Leistungsabbau wird für die breite Bevölkerung (noch) nicht spürbar. Ein Wehmutstropfen bleibt aber der Stellenabbau, welcher meist auch mit persönlichen Schicksalen verbunden ist.

Abfallrechnung

Die UVEK hat im letzten Jahr moniert, dass immer noch keine Abfallrechnung existiert. Dies ist allerdings nicht auf Grund der diversen Zuordnungen zu den Produkte-

gruppen im AUE der Fall, sondern auch wegen den unterschiedlichen involvierten Abteilungen im Baudepartement.

Es wurde nun eine Arbeitsgruppe im Baudepartement unter Leitung von J. Hofer eingesetzt. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, eine transparente Gestaltung der Abfallrechnung zu erarbeiten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass uns das AUE für die Fälle, in denen die Leistungsziele nicht erreicht wurden, befriedigende Erklärungen geben konnte und auch aufgezeigt hat, dass die notwendigen Massnahmen ergriffen wurden.

Basel, 20. Mai 2004

Für die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission:

Die Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Häfner', written in a cursive style.

JSSK des Grossen Rates
Subko Einwohnerdienste

Basel, 18. Mai 2004

Protokoll: Bericht zur Rechnung 2003 der PUMA-Dienststelle Einwohnerdienste

Datum: 18. Mai 2004, 10.30 - 11.30 Uhr

Teilnehmer: Markus Lehmann, Ernst Jost, Luc Saner (Subkommission der JSSK)
Bruno Varni, Hauptabteilungsleiter EWD
Daniel Orsini, Abteilungsleiter Logistik EWD

Ort: Einwohnerdienste

1. Allgemeines

Varni und Orsini stellen fest, dass die PUMA-Ziele mit dem PUMA-Projekt erreicht werden konnten. Insbesondere Kundenzufriedenheit und Transparenz wurden deutlich erhöht. Wie vom Regierungsrat beschlossen, wird das Projekt faktisch weitergeführt, was auch ihr dringendes Anliegen ist.

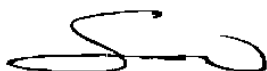
Lehmann, Jost und Saner stellen fest, dass der Einbezug des Grossen Rates in diesen Prozess noch offen ist. Die Reformkommission II arbeitet daran, dem Grossen Rat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

2. Rechnung 2003

Auf der Kostenseite ist festzuhalten, dass das Globalbudget der Dienststelle um rund 0,8 Millionen unter demjenigen der Rechnung 2002 und um rund 0,3 Millionen unter dem Budget 2003 liegt. Der Mehraufwand gegenüber Budget und Rechnung 2002 ist u.a. auf höhere PK-Beiträge zurückzuführen. Angesichts des Anstiegs der Position Delkredere (in: Sachliche Abgrenzungen Aufwand) wird den EWD empfohlen zu prüfen, inwiefern dem Inkasso erhöhte Beachtung geschenkt werden kann.

Die Leistungsziele wurden durchwegs erreicht und liegen zum Teil deutlich über den Sollwerten. Auffallend ist, dass die Kundenzufriedenheit von 66,7% im Jahre 2002 auf 78,7% deutlich gesteigert werden konnte. Zudem konnte die durchschnittliche Wartezeit bei den Schalterbedienungsplätzen von 11,8 Minuten im Jahr 2002 nochmals auf 9,5 Minuten gesenkt werden.

Für das Protokoll:



Luc Saner

Anhang 2 Liste der Revisionsberichte der Finanzkontrolle

DST-Nr.	Bericht Nr.	Dienststelle / Institution
1005	80	Ber. Zum Ratschlag 9247 MS Stadt Basel/Auftrag vom 2.7.03 Fikom
1005	81	a.o. Rev. RSD/BPG/Auftrag Fikom vom 2.7.03
10015	49	Schauspielhaus, Prüfung Bauabrechnung
10065	72	Baukostencontrolling (PKC)
10065	82	BD Feststellungen in der Anlagenbuchhaltung
10065	84	PKC Statusbericht Abnahme Phase Konzeption
100001	30	Detailbericht Staatsrechnung 2002
100001	31	Erläuterungsbericht zur Staatsrechnung 2002
100001	32	Management Letter zur Staatsrechnung 2002
1130004	6	Zivilgericht, Prüfung EDV-Projekte
1140003	20	Sozialversicherungsgericht, Teilaspekte
2050012	18	Amt für Ausbildungswesen / Stipendien EDI
2490002	62	Diplommittelschule
2630002	64	Allgemeine Gewerbeschule / Schule für Gestaltung
2710013	10	UNI Basel Zwischenrevision
2800004	88	Theaterfestival - Welt in Basel
2810003	89	Museen in Basel
2810003	90	ED / Ressort Kultur/Museen
2910003	61	ED, Ressort Dienste, Bereich Jugendfürsorge
2910004	51	GSR, Riehen a.o. Bericht JR 2001 + 2002
2910022	42	Kant. Sonderschulheim zur Hoffnung, Riehen
2910032	43	Heilpädagogische Schule Basel-Stadt
2910042	44	Heilpädagogische Kindergärten Basel-Stadt
2910052	45	Beratung und Unterstützung Münchenstein
2910052	46	Regionale Tagesschulen beider Basel, Münchenstein
2910062	47	Regionale Kindergärten beider Basel, Münchenstein
2910072	48	Wohnheime und Förderstätten für behind. Erwachsene, Basel
2910072	55	ED Ressort Dienste, div. Kostenstellen
2910082	24	ED, Ressort Dienste, Kant. Schulheim Gute Herberge
2910092	25	ED, Ressort Dienste, Psychotherapiestation Basel

DST-Nr.	Bericht Nr.	Dienststelle / Institution
2910102	26	ED, Ressort Dienste, Waldschule Pfeffingen
2930003	12	Materialzentrale
2993002	97	Stiftung zur Förderung Niederl. Kunst
2994002	7	ZEB Zentrum für Erwachsenenbildung
2994002	8	ZEB Zentrum für Erwachsenenbildung Ergänzungsbericht
2994002	23	ZEB Bestätigungsbericht mit FIKO BL
2994002	93	Stiftung Volkshochschule/Seniorenuniversität
2994002	94	Stiftung Volkshochschule Ergänzungsbericht
2996002	35	Bürgerliches Waisenhaus
2996002	36	Bürgerliches Waisenhaus
2998003	37	Stiftung Schweizer Sportmuseum
2998003	38	Stiftung Schweizer Sportmuseum, MWST
3020002	74	Staatsanwaltschaft
3050002	59	Gleichstellungsbüro Basel-Stadt
3130012	11	Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Zug
3991002	21	Alexander Clavel Stiftung
4030002	1	Finanzverwaltung
4040003	3	Steuerverwaltung
4050003	63	Liegenschaftsbestand in der Anlagenbuchhaltung Kt. BS
4050003	66	ZLV, Zwischenrevision 2003
4120003	85	Parkhäuser
5010003	75	PMD/Admin. Dienste, Messe & Märkte/Migr. & Integr./Pers.dienste
5030012	13	Fürsorgekasse der Berufsfeuerwehr BS
5050003	60	PMD, Abt. Wehrpflichtersatz
5070003	102	Gefängniswesen Schällemätteli Schliessung
6000003	82	BD Anlagebuchhaltung Prüfung und Feststellungen
6000003	34	4 Bauabrechnungen i.A. Fikom
6010003	4	Submissionen
6170002	101	Liegenschaften NSB
6170002	96	Objektprüfung der Schlachthofbrücke im Nationalstrassenbau
6170012	53	NSB Personal- und Verwaltungskosten
6170013	54	Submissionen Nationalstrassen
6510003	68	Baulicher Unterhalt staatlicher Liegenschaften

DST-Nr.	Bericht Nr.	Dienststelle / Institution
7050003	78	Sanität Basel-Stadt
7070003	98	Kantonales Laboratorium
7090002	69	Schlachthof Basel-Stadt
7090002	99	Schlachthof Basel-Stadt, Teilgebiete
7100003	65	Institut für Rechtsmedizin
7110002	71	Amt für Alterspflege
7250003	100	KJUP Bewertungsdifferenzen
7350102	50	Spektrum (Abt. der PUK Basel)
7991002	41	Kant. Viehversicherungskasse
7992003	57	Krebsregister
7993002	15a	Spitex Basel, Bestätigungsbericht
7993002	15b	Spitex Basel, Erläuterungsbericht
7993012	14	Spitex, Stiftung Hilfe und Pflege zu Hause
7993032	16	Spitex, Sonderfonds der Haushilfe für Betagte
7993033	17	Spitex, Vorsorgestiftung für MA im Stundenlohn
7995002	67	Stiftung Augenspital in Basel JR 2002
7996002	70	Stiftung Calcutta Project Basel
7997002	56	Ethikkommission beider Basel EKBB
8010012	91	WSD Projektfonds Stadtmarketing
8010012	92	WSD Projektfonds Stadtmarketing
8070002	73	Amt für Sozialbeiträge
8190002	2	BVB
8190002	33	BVB Bestätigungsbericht zur JR 2002
8190002	86	BVB, Abgeltungsrechnung 2001
8190002	87	BVB, Abgeltungsrechnung 2002
8190002	95	BVB Zwischenrechnung 2003
8190003	28	BVB
8901003	29	EAP Investitionsbeiträge BS und BL
8902002	40	Sozialhilfe der Stadt Basel, Bestätigungsbericht zur JR 2002
8902002	52	Sozialhilfe der Stadt Basel, Prüfung IKS Zahlungen an Pat. + Dritte
8902002	58	Sozialhilfe der Stadt Basel, Management Letter
8905002	79	Kreiskomm. f. Lehrabschlussprüfungen Verkaufspersonal LAPV
8906002	83	Kommission Gewerbliche Lehrabschlussprüfungen GLAP

DST-Nr.	Bericht Nr.	Dienststelle / Institution
8907002	76	Arbeitslosenfonds
8907002	77	Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds)
8908002	5	KBB Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel
8909002	22	Verein TGV via Basel
8911002	9	INFOBEST Palmrain
8951002	39	Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals UVK
8990002	27	Wirtschaftsförderung
8991003	19	Stiftung Kabelnetz Basel

Anhang 3 Dringliche Kreditbewilligungen 2003

Im Jahr 2003 wurden ungewöhnlich viele Dringliche Kreditbewilligungen beantragt, zwei der Anträge wurden zurückgewiesen, die folgenden 15 Anträge hat die Finanzkommission im Jahr 2003 bewilligt:

Nr. 1	Ausbau der Hochstrasse 37 für das KIGA	405'000.-
Nr. 2	WC-Anlagen am Unteren Rheinweg	300'000.-
Nr. 3	Areal des Bruderholz-Schulhauses, Bereitstellung eines Kindergartenpavillons	480'000.-
Nr. 4	Ausbildungszentrum Malermeisterverband Dreispitzareal, kantonaler Subventionsbeitrag an den Kauf und Umbau	300'000.-
Nr. 5	Dachsanierung Klinikum 2, Ebene 3, Labor im Kantonsspital	1'700'000.-
Nr. 6	Universität Basel, Kollegiengebäude, Sanierung 2. Etappe, Sanierung und teilweise Neubeschaffung von Mobiliar	550'000.-
Nr. 7	Kunsteisbahn Margarethen, Notreparatur an den Ammoniakleitungen	500'000.-
Nr. 8	Ersatzbeschaffung Schienenreinigungsfahrzeug	590'000.-
Nr. 10	Universität Basel, Botanischer Garten, Ersatz der Aufzuchthäuser	1'700'000.-
Nr. 11	Brandabschnittbildung im OP-Trakt Ost des Kantonsspitals	153'000.-
Nr. 12	Reparatur eines defekten Pipelineteils im Coop Tanklager im Hafen St. Johann	215'000.-
Nr. 13	Finanzierung der baulichen Massnahmen der Kontakt- und Anlaufstelle Heuwaage	100'000.-
Nr. 15	Ersatz der Personensuchanlage (PSA) des Kantonsspitals	1'000'000.-
	Total Dringliche Kredite 2003	7'993'000.-
	(Dringliche Kredite Vorjahr)	3'158'000.-

Anhang 4 Abgeschlossene Bauvorhaben

